

13. JAHRGANG 1/2003

MIUSEION 2000

KULTURMAGAZIN GLAUBE, WISSEN, KUNST IN GESCHICHTE UND GEGENWART

Woodrow Wilson

Ringen um Frieden

Völkerbund

Woodrow Wilsons
Rede vor dem Volk

Landnahme der Tierwelt

Auf dem einstigen Urkontinent
Pangäa ging es bedrohlich
räuberisch zu und her



Woodrow Wilsons Rede vor dem Volk

Im Spätsommer 1919 unternahm der amerikanische Präsident Wilson eine Reise quer durch Amerika, um die Bevölkerung über die Bedeutung des Völkerbundes zu informieren und ihr die Wichtigkeit eines amerikanischen Beitritts bewusstmachen. Mit grossem Engagement suchte Wilson seinen Mitbürgern vor Augen zu führen, worum es bei diesem historisch bedeutsamen Vertrag im Kern ging:

*»So viel kann ich Ihnen, meine verehrten Mitbürgerinnen und Mitbürger, mit absoluter Sicherheit voraussagen: Wir werden innerhalb einer einzigen Generation wieder einen Weltkrieg haben, wenn nicht die Nationen der Welt gemeinsam vorgehen und Methoden erarbeiten, um dies zu verhindern.«
(Rede vom 8. 9. 1919 in Omaha, Nebraska)*

Im vorliegenden Artikel ist die Ansprache wiedergegeben, die Wilson am 19. September 1919 im Stadion von San Diego, Kalifornien, vor 50 000 Zuhörern gehalten hat (siehe Bild unten). Sie ist eine seiner letzten Reden. Wenige Tage später erlitt der Präsident, der sich während der ganzen Reise entgegen der Mahnung seines Arztes und trotz rasender Kopfschmerzen keine Schonung auferlegt hatte, einen Schlaganfall, der seine linke Seite lähmte.

Wilson's eindringlicher Appell für die Freiheit und das Selbstbestimmungsrecht der Völker, sein Aufruf zum gemeinsamen Aufbau einer friedlichen Welt berühren. Sie erschüttern vor allem den Nachgeborenen, der um den weiteren Verlauf der Geschichte weiss.



Grosses Bild: Rede in Tacoma, Washington, 18. September 1919.





Vorbemerkung

Nach dem Ende des Ersten Weltkriegs entspann sich in den USA eine politische Debatte von aussergewöhnlicher Tragweite. Im Brennpunkt der Diskussion stand die Frage nach der zukünftigen Rolle Amerikas in der Welt: Sollte das Land aktiv an der Weltpolitik teilnehmen und dem Völkerbund als einer internationalen Organisation beitreten, oder sollte es sich, gemäss seiner isolationistischen Tradition, von der internationalen Bühne zurückziehen und sich den eigenen Angelegenheiten zuwenden? Obwohl allen Parteien und Gruppierungen des Landes dasselbe Ziel vor Augen stand – die Wiederherstellung und langfristige Sicherung des Friedens –, herrschten hinsichtlich der künftigen Ausrichtung der amerikanischen Aussenpolitik unterschiedliche Meinungen.

Nach dem Urteil von Präsident Wilson war mit dem Ersten Weltkrieg eine neue Epoche der Geschichte angebrochen, in der eine Zusammenarbeit der Nationen unabdingbar ist. Für die Sicherung der politischen Unabhängigkeit und der territorialen Unverletzlichkeit der grossen und der kleinen Nationen bedürfte es, so der Begründer und Architekt des Völkerbunds, einer internationalen Weltorganisation, der jeder Staat seine Anliegen vorbringen könne und die die Macht habe, Konflikte zu schlichten und Aggressoren zu sanktionieren. In einer Welt wachsender wirtschaftlicher Vernetzung brauche es einen Bund der Nationen, der die einzelnen Staaten darauf verpflichte,

»nicht zum Krieg zu schreiten, in aller Öffentlichkeit auf Gerechtigkeit und Ehre gegründete internationale Beziehungen zu unterhalten und die Vorschriften des internationalen Rechts, die fürderhin als Richtschnur für das tatsächliche Verhalten der Regierungen anerkannt sind, genau zu beachten«.

(Satzung des Völkerbundes)

Die Tatsache, dass die 26 Artikel des Völkerbundes nicht nur den ersten Teil des Versailler Vertrags bildeten, sondern sämtlichen Friedensverträgen der Jahre 1919 und 1920 vorangestellt waren, dokumentiert die Absicht des Präsidenten, Sieger- und Verlierermächte gemeinsam auf den Grundsatz einer friedlichen internationalen Zusammenarbeit festzulegen. Für Wilson stand es dabei ausser Zweifel, dass sein eigenes Land in dieser Zusammenarbeit seinen Beitrag zu leisten habe. Die Vereinigten Staaten von Amerika hätten ihre historische Verpflichtung wahrzunehmen, Mitglied im Völkerbund zu werden und hier ihre Werte der Demokratie und Freiheit zum Nutzen der Welt einzubringen.

Die Stimmen der Opposition

Gegen Wilsons Engagement für den Völkerbund entwickelte sich im Senat jedoch eine starke Opposition. In Erinnerung an die Schrecken des Weltkriegs und an das Leid, das auch über amerikanische Bürger

gekommen war, forderte ein Teil der Gegner einen strikten Isolationskurs und den Rückzug Amerikas aus der Weltpolitik; man berief sich dabei auf die Tradition des Landes, namentlich auf die Gründerväter *Washington* und *Jefferson*, die vor »verstrickenden Bündnissen mit fremden Mächten« gewarnt hatten. Ein anderer Teil der Opponenten, die Mehrheit der republikanischen Senatsmitglieder, war zwar für eine Einbindung Amerikas in die internationale Politik, aber nur unter bestimmten Bedingungen. Da sie fürchteten, bei einem Beitritt zur »League of Nations« unter den Einfluss europäischer Mächte zu geraten, wollten sie vor allem die Souveränität des Landes sichergestellt wissen. Im Zentrum der Auseinandersetzung stand der Artikel X der Völkerbundsakte, der die Mitglieder darauf verpflichtete, ihre territoriale Integrität gegenseitig zu respektieren und zu erhalten; im Falle einer Aggression, so hiess es im besagten Artikel, sollte der Völkerbund Massnahmen empfehlen können, um diese Verpflichtung zu erfüllen. Die republikanischen Senatoren befürchteten, auf diese Weise gegen den Willen des amerikanischen Kongresses in kriegerische Auseinandersetzungen verwickelt zu werden. So drohten sie unter der Führung von *Henry Cabot Lodge* aus Massachusetts, dem Versailler Vertrag und somit dem Beitritt zum Völkerbund die für die Ratifizierung erforderliche Zweidrittelmehrheit im Senat zu verweigern, sofern die Mitgliedschaft der USA im Völkerbund nicht strikt beschränkt und nicht gewährleistet werde, dass der amerikanische Kongress die Kontrolle über seine Streitkräfte behalte. Die Bestrebungen der Opponenten liefen darauf hinaus, entweder Sonderbedingungen für einen Beitritt der USA im Völkerbund auszuhandeln oder aber den Versailler Vertrag als Ganzes abzulehnen.

Wilson's Überzeugungskampf

Für Wilson war die Forderung nach einer Sonderbehandlung, sprich Bevorzugung der USA nicht akzeptabel, und die Befürchtungen eines Verlustes an Unabhängigkeit und militärischer Handlungsfreiheit erachtete er als unbegründet. Amerika werde, so betonte und versprach er, ein freies, souveränes Land bleiben, auch wenn es der Weltorganisation beitrete. Angesichts des massiven Widerstands und entsprechender Pressestimmen gegen den Völkerbund sah sich der Präsident indes veranlasst, eine Reise durch die Vereinigten Staaten zu unternehmen und sich direkt an die Bevölkerung zu wenden, um mit Hilfe der Öffentlichkeit Druck auf die Gegner auszuüben. Über 10 000 Kilometer sollte er zurücklegen und an die 40 Reden halten, in denen er seine Mitbürger über den Inhalt des Versailler Vertrages, namentlich über die voranstehenden Satzungen des Völkerbundes, informierte, missverstandene Punkte klärte und die Argumente der Gegner als unrichtig erwies. Mit dieser Aufklärungsarbeit beabsichtigte er, der Bevölkerung die ethischen Prinzipien Amerikas in Erinnerung zu rufen und ihr ins Gewissen zu reden, dass ihr Land es sich nicht leisten könne, einen

Sonderzug zu fahren. In Anbetracht des furchtbaren Unglücks, das durch egoistische, machtpolitische Interessen Einzelner über so viele Menschen gekommen sei, könne nicht mehr geduldet werden, dass bedeutende Staaten abseits stünden und sich vor der Verantwortung bei der Gestaltung einer friedlichen Welt drückten:

»Die Welt kann nicht in einem Klima der Verweigerung leben. Die Welt kann nicht mit Nationen verhandeln, die sagen: "Wir spielen nicht mit!" Die Welt kann nichts anfangen mit einer Vereinbarung, in der jede Nation sagt: "Wir kümmern uns nur um unsere eigenen Angelegenheiten."«
(Rede vom 8. September 1919 in Omaha)

Von Frieden, so hatte Wilson bereits Jahre zuvor erklärt, werde er nicht sprechen, solange es auf dieser Welt noch Unrecht und Gewalt gebe.

Rede Präsident Wilsons in San Diego, Kalifornien, 19. 9. 1919

»Herr Bürgermeister, liebe Landsleute.

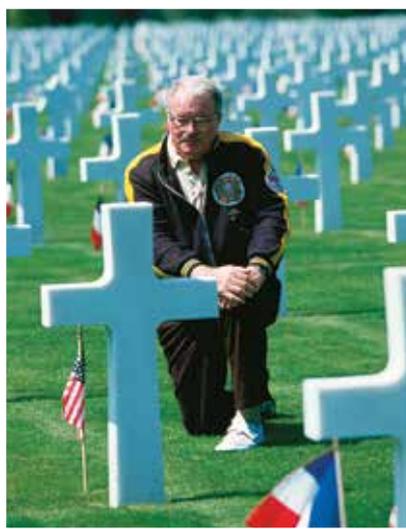
Wie Sie wissen, bin ich in einem äusserst wichtigen Auftrag von Washington hierhergereist. Ich brauche Ihnen daher nicht zu sagen, wie sehr mich Ihr zahlreiches Erscheinen erfreut und auch berührt. Das Volk der Vereinigten Staaten steht vor einer historisch bedeutsamen Entscheidung. Wir haben eine Wahl zu treffen, der wir uns nicht entziehen können. Auf welche Weise diese Wahl auch ausfallen wird, sie wird auf jeden Fall unsere weitere Geschichte prägen.

Was mich auf meiner Reise durch unser Land am meisten überraschte, war die Feststellung, wie wenig die Bevölkerung über den Inhalt des Friedensvertrags mit Deutschland unterrichtet ist,

Wilsons Prophezeiung eines neuen Weltkriegs innerhalb einer einzigen Generation wurde traurige Wirklichkeit. Nur 20 Jahre nach seinem Werben für den Völkerbund brach der Zweite Weltkrieg aus, der schätzungsweise 55 bis 62 Millionen Menschen, darunter etwa 400 000 amerikanischen Soldaten, das Leben kosten sollte.

Amerikanischer Soldatenfriedhof aus dem Ersten Weltkrieg, Romagne-sous-Montfaucon (groses Bild).

Amerikanischer Soldatenfriedhof aus dem Zweiten Weltkrieg, Normandie.





Nach der Katastrophe des Zweiten Weltkriegs kam es am 24. Oktober 1945 zur Gründung der UNO, der Nachfolgeorganisation des Völkerbundes. Zu den 50 Unterzeichnerstaaten der Charta der Vereinten Nationen gehörten diesmal auch die USA.

US-Präsident Harry Truman bei der Unterzeichnung der Ratifizierungsurkunde zur Charta der Vereinten Nationen: »Mit diesem Vertrag geben wir Wilson recht.«

Flaggen der Nationen vor dem UNO-Hauptgebäude in New York.

ja wie wenig sie über sein wahres Wesen und seine Tragweite aufgeklärt wurde. Alle öffentlichen Reden, die ich bisher zu diesem Thema gelesen habe, lenken die Aufmerksamkeit der Zuhörer auf nebensächliche, unwesentliche Punkte. Ob dies aus Absicht geschieht oder aus Nachlässigkeit, weiss ich nicht – aber die Folge ist, dass von der wahren Bedeutung dieses historischen Werks abgelenkt wird. Meine lieben Landsleute, es handelt sich bei diesem Vertrag um ein höchst bedeutsames Werk! Er schliesst nicht nur Frieden mit Deutschland und auferlegt diesem Land die Strafe für sein begangenes Unrecht, sondern das wirklich Bedeutungsvolle an diesem Vertrag ist der *Geist*, in dem er beschlossen wurde. Es ist jener Geist, mit dem die Gegner Deutschlands in den Krieg gezogen waren: Diesen ging es bei Kriegseintritt nämlich nicht darum, das deutsche

Volk niederzuwerfen, sondern ihr eigentliches Ziel war, Machenschaften gegen die freien Staaten der Welt, wie sie an der Wilhelmstrasse in Berlin von einer kleinen Gruppe von Männern ohne Wissen und Zustimmung des deutschen Volkes angezettelt wurden, ein für alle Mal zu beenden. Es soll fortan nicht mehr möglich sein, dass einzelne Machthaber, die über militärische Mittel verfügen, ihre privaten Ambitionen auf diese furchtbare Weise durchsetzen können!

Wir traten aber nicht nur in diesen Krieg ein, um dafür zu sorgen, dass nie wieder autokratische Mächte dieser Art die Welt bedrohen. Unser Ziel ist ein weit höheres: Da autokratische Mächte auf dem Boden von Unrecht und Unterdrückung gedeihen, muss *hier* der Hebel angesetzt werden: Der zentrale Punkt, ja

das eigentliche Herzstück dieses Friedensvertrags ist daher die Forderung nach der *Befreiung* der Völker. Die Völker Europas und Asiens, die bis jetzt von fremden Mächten unterdrückt und beherrscht wurden, sollen frei werden! Denn solange es auf der Welt noch solches Unrecht gibt und Völker unter einem unrechtmässigen Souverän leben müssen, wird es keinen dauerhaften Frieden geben. Ich wage sogar zu sagen: Solange es noch solches Unrecht gibt, *darf* es auch keinen Frieden geben; denn gegen Unrecht muss gekämpft werden! Die unterjochten Völker müssen ihre Freiheit erhalten, damit sie ihre Geschicke selber lenken können. Ich meinerseits werde auf keinen Fall Hand dazu bieten, dass Trennmauern und Schwierigkeiten aufgebaut werden, wo keine sein sollten – und zwischen unterdrückten Völkern und ihren autokratischen Herren dürfen keine Trennmauern aufgebaut werden. Wir Amerikaner sind seit der Geburt unserer Nation für die Emanzipation von Völkern aus aller Welteingestanden, die gegen ihren Willen unter Regierungen leben, die sie nicht selbst gewählt haben. Unser unerschütterlicher, ja heiliger Grundsatz ist bis heute die Überzeugung, dass jede gerechte Regierung auf dem Einverständnis der Regierten basieren muss. Dieser Grundsatz wird jedoch auf der ganzen Welt immer wieder missachtet und von den Starken mit Füßen getreten. Die Leidtragenden sind dabei immer die Schwachen. Aus diesem Grund ist es der zentrale Punkt und das Herzstück des Friedensvertrags, dass jedes Territorium auf der Welt dem Volk gehören soll, das darin lebt. Es soll nicht das Vorrecht irgendeiner Instanz – und schon gar nicht das Vorrecht der Friedenskonferenz von Versailles – sein, den Völkern eine Regierung aufzuzwingen, die sie gar nicht wollen. Dieser Grundsatz wurde auch im Vertrag mit Österreich, im Vertrag mit Ungarn, im Vertrag mit Bulgarien sowie im Vertrag mit der Türkei in Kraft gesetzt.

So konnten Nationen, die nie zuvor auch nur den Schimmer einer Hoffnung erblickten, ihre Freiheit finden. So hat beispielsweise das unglückliche Polen, das als Beute auf ein halbes Dutzend Länder aufgeteilt war, durch diesen Friedensvertrag endlich Einheit und Freiheit erhalten. Im gleichen Sinn und Geist wird auch die Macht Österreichs über all jene Länder gebrochen, über die es kein Bestimmungsrecht hat. Wie Sie wissen, lebten die Völker von Bosnien und Herzegowina zu Unrecht unter der Vorherrschaft des österreichisch-ungarischen Kaiserreichs. Der Kronprinz von Österreich wurde in einer bosnischen Stadt ermordet – und obwohl Bosnien Teil des österreichischen Hoheitsgebiets war, besass Österreich die Kühnheit, den Nachbarstaat Serbien für eine Mordtat verantwortlich zu machen, die auf österreichischem Territorium begangen wurde. [...] So wurde die Welt in Blut getränkt, und 7 400 000 Männer haben ihr Leben verloren – ganz zu schweigen von der unermesslichen Zahl an beklagenswerten Verwundeten, den Kriegsblinden, den geistig Verwirrten und den Millionen von Menschen auf der ganzen Welt, die in ihrer Seele

verletzt sind. Und dieses ganze Elend ist die Folge von aufständischen Wallungen in einer Bevölkerung, die unter dem Joch einer fremden, nicht selbst gewählten Regierung leben musste! In Anbetracht dieser Ereignisse war es in der Friedenskonferenz in Versailles klar, dass wir dem Übel auf den Grund gehen und es an der Wurzel packen müssen – und dieser Vertrag packt das Übel an der Wurzel: Er rottet solche Art der Macht aus und schenkt den Völkern Freiheit.

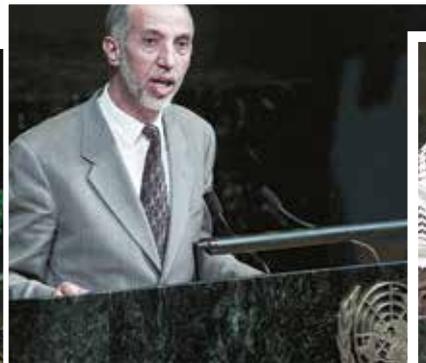
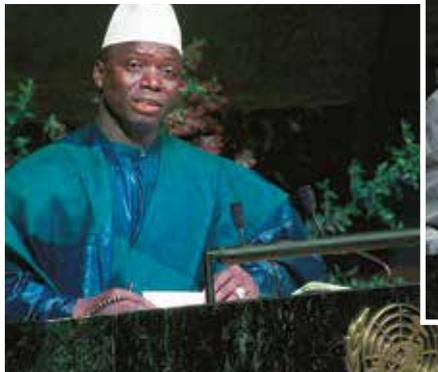
Aber das ist nicht das einzige Ziel dieses grossen Vertragswerks. In seinem Zentrum findet sich auch eine neue Charta für die arbeitende Bevölkerung, für die arbeitenden Männer, Frauen und Kinder auf der ganzen Welt. Meine lieben Landsleute, die Welt ist ruhelos und besorgt. Sie blickt der Zukunft mit wenig Hoffnung entgegen, denn die wirtschaftlichen Verhältnisse sind ungerecht, und damit können sich die Menschen nicht abfinden. Wenn die ganze Welt in Unruhe und Besorgnis ist, dann gibt es hierfür einen wirklichen Grund. Wenn Menschen revoltieren und dabei sogar ihre Lebensgrundlagen zerstören, dann ist das keine vorübergehende Laune. Alle diese Unruhen, gleich welche Formen sie auch annehmen, gleich ob die daraus entstehenden Aktionen gerecht oder ungerecht sind, sie haben ihre Wurzeln in altem Unrecht. Dieses Unrecht muss und wird beseitigt werden – und dafür sorgt dieser Friedensvertrag. Er ist der Beginn eines grossartigen Vorhabens der Menschheit. So fordert er regelmässige internationale Konferenzen, deren wesentliches Ziel es ist, die Arbeitsbedingungen der Menschen zu verbessern sowie das Leben und die Gesundheit arbeitender Frauen und Kinder zu schützen. In diesem Vertragswerk schlägt das Herz der Menschheit. Hier geht es nicht um eine Vereinbarung unter Staatsmännern, sondern hier geht es um die Befreiung der Völker und um Menschenwürde. Obwohl dem so ist, höre ich in den Reden jener Herren, die gegen diesen Vertrag auftreten, nie auch nur die geringste Andeutung dieser grossartigen Zielsetzungen. Nie erklären sie Ihnen, liebe Landsleute, was dieser Vertrag wirklich will; denn wenn sie es täten, dann würde sie Ihre Begeisterung hinwegfegen. Sie würden auf Grund Ihrer Reaktion erkennen, dass es eine Dreistigkeit ist, die man besser nicht wagen sollte, die Bemühungen um Frieden und um humanere Verhältnisse zu schwächen.

Am Anfang des Vertrags und als sein Herzstück steht der am meisten kritisierte Teil: es sind die Satzungen des Völkerbunds. Diese Vereinigung der Nationen ist eine absolute Notwendigkeit; denn ohne ein solch mächtiges Instrument kann der Friedensvertrag nicht erfüllt werden. Wenn nicht alle vernünftigen Nationen der Welt ihr Streben und ihr Wirken auf eine gemeinsame Grundlage stellen, ist dieser Vertrag nicht das Papier wert, auf dem er steht; denn dieser Vertrag hält fest, dass Frieden auf dem Recht der Schwachen beruht – dieses Recht kann aber nur von der Macht

der Starken gesichert werden. Wenn wir es als Nation wirklich ernst nehmen mit unserem Anspruch, Vorkämpfer für die Menschenrechte zu sein, dann haben wir jetzt eine Feuerprobe zu bestehen und den Beweis zu erbringen, ob wir wirklich meinen, was wir immer verkünden. Ich erwähne dies nicht, weil ich irgendwelche Zweifel am Urteil meiner Landsleute hätte; vielmehr bin ich mir über dieses Urteil so sicher, als ob es bereits gefällt sei. Ich kenne mein Volk; ich kenne das Volk, in dem ich geboren und aufgewachsen bin und in dem ich das Privileg habe, erster Diener zu sein und Sprachrohr auf beiden Seiten des Atlantik. Ich bin mir daher sicher, das Gewissen und die Gesinnung dieses Volkes zu vertreten, wenn ich im Namen meines eigenen Gewissens betone, dass es die Pflicht Amerikas ist, diesen Vertrag zu unterzeichnen und dem Völkerbund beizutreten.

Man hat Ihnen, liebe Landsleute, verschiedentlich glaubhaft zu machen versucht, die Satzungen des Völkerbunds seien bloss eine private Erfindung. Dabei werden Ihnen diese Erfinder nicht immer konkret genannt – aber ich muss hier wohl kaum erläutern, wer verdächtigt wird. Die Urheberschaft wird in irgendwelchen persönlichen Ambitionen oder in

berechnenden Parteiabsichten gesucht. Liebe Landsleute, ich wäre glücklich, wenn ich die Erfindung dieser grossen Idee für mich beanspruchen könnte, aber ich kann es nicht. Diese Idee stammt nicht von mir, sondern es handelt sich hier um eine uralte Idee, die seit vielen Generationen im Geist herausragender Menschen gewachsen ist. Seit je war es der Traum der Vorkämpfer für Humanität und Menschlichkeit, das Leben ihrer Mitmenschen zu erleichtern. In unserer Zeit ist es nun zum ersten Mal in der Geschichte gelungen, dass sich eine Gruppe praktisch denkender Staatsmänner zusammengetan hat, um diesen Traum gemeinsam zu verwirklichen. Ich wünschte, das Zustandekommen dieses Unternehmens wäre mein Verdienst; aber dem ist nicht so. Ich war in dieser Angelegenheit nur der Sprecher des amerikanischen Volkes, der Sprecher seiner vielen Gruppierungen und seiner politischen Fraktionen und Parteien. In diesem Vertragswerk geht es, liebe Landsleute, nicht um persönliche Ziele oder um Ziele einer Partei. Ich würde mich schämen, wenn ich in einer Angelegenheit von solcher Tragweite auch nur einen einzigen Gedanken an eine verhältnismässig so



Die UNO sucht heute zu verwirklichen, was Wilson bereits Jahrzehnte zuvor mit dem Völkerbund angestrebt hatte: Jede Nation sollte ihre Anliegen, ihre Sorgen und Nöte der Weltöffentlichkeit vorbringen können, damit gemeinsam darüber beratschlagt und nach Lösungen gesucht wird.

Sprecher vor der UNO-Vollversammlung: Yayha Jammeh, Präsident von Gambia; Abdelaziz Belkhadem, Aussenminister von Algerien; Yassir Arafat, Präsident der Palästinensischen Autonomiebehörde; George W. Bush, Präsident der USA; Somsavat Lengsavat, Aussenminister von Laos; Sheikh Hasina, frühere Premierministerin von Bangladesch.

Der UN-Sicherheitsrat in der Debatte über die Eskalation im Nahen Osten, 29. März 2002.



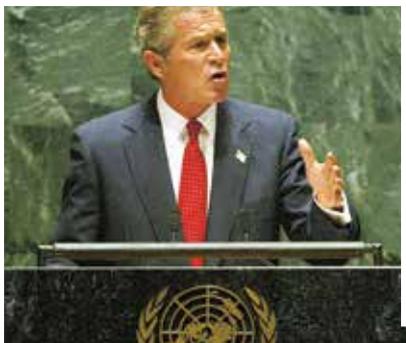
geringe Sache wie die nationalen Wahlen von 1920 verschwenden würde. Wer diese bedeutsame Thematik auf der Ebene von Parteiinteressen erörtert, verdiente es meiner Ansicht nach nicht, als ein Landsmann bezeichnet zu werden.

Um meine Ausführungen über die wahre Urhebererschaft der grossen Idee des Völkerbunds zu belegen, möchte ich nun zwei Vertreter einer anderen Partei als der meinen zu Wort kommen lassen. Als erstes werde ich einen Mann zitieren, der seit langem ein Mitglied des Senats der Vereinigten Staaten ist [es handelt sich hier um den Republikaner Henry Cabot Lodge, der nun die Opposition gegen den Vertrag anführte]. Im Mai 1916, ziemlich genau zwei Jahre nach dem Ausbruch des grossen Krieges, erklärte dieser Senator an einem Bankett, an dem auch ich anwesend war:

“Die Schwierigkeiten, die sich bei der Verwirklichung eines Völkerbundes in den Weg stellen, sind wohl kaum einem besser bewusst als mir, der ich seit langem dem Senat angehöre, also jener Kammer, die bei der Ratifizierung von Verträgen eine wichtige Rolle spielt. Diese Schwierigkeiten

können jedoch überwunden werden, sofern wir es wirklich versuchen. Ich glaube, es könnte viel erreicht werden. Zwar wird es nicht möglich sein, alle Kriege zu verhindern, aber wir werden es schaffen, wenigstens einige Kriege zu verhindern und so ihre Zahl insgesamt zu reduzieren. Die Suche nach dem Weg, dieses Problem anzugehen und zu lösen, wird die Aufgabe eines künftigen Völkerbundes und derjenigen sein, welche dieser grossen Frage die notwendige Aufmerksamkeit schenken. Ich kenne die Hindernisse, die sich einem solchen Werk in den Weg stellen. Mir ist bewusst, wie schnell wir mit dem Vorwurf konfrontiert sein werden, ein solches Vertragswerk setze die Unabhängigkeit unseres Landes aufs Spiel. Ich kenne die kritischen Stimmen, die ertönen werden, sobald wir etwas erwähnen, was nach Allianz aussieht. Ich bin jedoch der Überzeugung, dass George Washington, als er uns einst vor Bündnissen mit fremden Mächten warnte, keinen einzigen Augenblick lang der Meinung war, wir sollten uns nicht mit anderen Nationen verbünden, wenn dies der Verhinderung von Krieg und der Förderung von Frieden diene.

Vor einem Jahr, anlässlich der Ansprache des Rektors des Union College, stellte ich folgende These auf: Wenn wir nach der Beendigung des fürchterlichen gegenwärtigen Krieges den Weltfrieden fördern wollen, wenn





Zahllose Menschen in der ganzen Welt erblicken in der internationalen Organisation der Vereinten Nationen ihre einzige Hoffnung, zu ihrem Recht zu kommen.

Hilferufe in Kuala Lumpur (grosses Bild) und New York (links) und Demonstration junger Christen vor den Büros der UNO in Islamabad.

wir das Völkerrecht wiederherstellen wollen, wie es wiederhergestellt werden muss, dann müssen wir Mittel und Wege finden, um die Kräfte der Nationen zu vereinen und sie gemeinsam für die Sache von Frieden und Recht einzuspannen. Ich sagte damals, das Publikum sei wohl der Meinung, ich schildere hier eine Utopie – aber es ist die Suche nach Utopien, die immer wieder zu grossartigen Entdeckungen führte. Nicht Misserfolg, sondern zu niedrig gesteckte Ziele sind ein Verbrechen. Dieser Bund verfolgt zweifellos die höchsten Ziele zum Wohl der Menschheit, und es gibt keinen Grund, weshalb wir uns von diesem Ziel abwenden sollten, auch wenn es ein schwieriger Weg sein wird."

Dies sind die Worte von Henry Cabot Lodge. Ich lese Ihnen nun noch eine weitere Aussage vor. Sie stammt von einem der tatkräftigsten, praktischsten und hervorragendsten Führer der Republikanischen Partei. In einem Artikel in der *New York Times* vom Oktober 1914 schrieb er:

"Der einzige einigermaßen aussichtsreiche Schritt zur Erreichung des Friedens besteht darin, die Urteile eines gemeinsamen Schiedsgerichts nicht nur zu anerkennen, sondern sie auch tatkräftig zu stützen. Die Kulturnationen der Welt, die über tatsächliche oder potentielle Macht verfügen, sollten sich feierlich zu einem grossen Bund für den gerechten Frieden zusammenschliessen."

Dies ist eine sehr wertvolle Äusserung von Theodore Roosevelt, und ich schliesse mich gerne solchen Aussagen an; ich unterstreiche jedes Wort davon. Das Vertragswerk, das wir heute in Händen halten, vermag in konkreter Form den Plan zu erfüllen, für den sich auch diese beiden Männer einsetzen. Daher haben wir als Verfechter der Freiheit und als Förderer des Rechts keinen einzigen vernünftigen Grund, diesen Vertrag abzulehnen.

Wovor fürchten sich denn all jene, die uns dennoch zu einer Ablehnung raten? Ihre Hauptsorge gilt der Bewahrung einer alten Tradition der amerikanischen Politik, die in der Monroe-Doktrin festgezeichnet ist. Weshalb diese Leute aber in dieser Beziehung Befürchtungen hegen, ist mir alles andere als klar; denn der vorliegende Vertrag stipuliert ja ausdrücklich die Sicherstellung der Monroe-Doktrin. Ein entsprechender Satz wurde vor meinen eigenen Augen eingefügt, nachdem die Ausschüsse für internationale Beziehungen der beiden Kammern des Kongresses diesen nicht im Wortlaut, aber im Grundsatz vorgeschlagen hatten. Ich kann Ihnen somit glaubhaft versichern, die Gültigkeit der Monroe-Doktrin wird bei einer Annahme des Vertrages nicht im geringsten angetastet werden. Aber was besagt denn eigentlich die Monroe-Doktrin? Sie besagt, dass es keine fremde Macht versuchen soll, in irgendeiner Form ihren Willen der westlichen Hemisphäre aufzuzwingen; falls dies dennoch geschieht, kann und wird Amerika auf eigene Initiative und allein, wenn es dies wünscht, Widerstand leisten. Und nun frage ich: Was könnte die Vereinigten Staaten als Hüter der Unabhängigkeit der westlichen Hemisphäre freier walten lassen als eine solche weltweite Anerkennung der Gültigkeit und Stärke der Monroe-Doktrin?

Eine weitere Befürchtung der Gegner ist, der Völkerbund könnte sich in die inneren Angelegenheiten unseres Landes mischen. Aber auch hier muss ich widersprechen. Die Satzung untersagt dies ausdrücklich, und ich kann mir in diesem Punkt keine klarere und befriedigendere Aussage vorstellen. Die Völkerbundssatzung ist in allen Teilen eindeutig, und sie ist es mit Sicherheit auch in Bezug auf das Verbot der Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Mitgliedstaaten. Der Vertrag sieht nämlich vor, dass der Rat nicht auf Klagen eintreten und nicht einmal einen Bericht darüber verfassen soll, wenn die strittige Angelegenheit völkerrechtlich der ausschliesslichen Jurisdiktion eines Staates obliegt. Somit werden also auch jene Themen, die den Gegnern am meisten zu schaffen machen, so etwa Immigration, Einbürgerung oder Zollangelegenheiten, von Völkerrechtsexperten eindeutig als interne Angelegenheiten der Staaten anerkannt. Keines dieser Gebiete kann vom Völkerbund behandelt werden, soweit sie die Souveränität der Vereinigten Staaten betreffen. Es besteht hier also dieselbe Eindeutigkeit und Klarheit wie bei der Monroe-Doktrin.

Ich möchte noch auf einen weiteren Kritikpunkt eingehen, und zwar auf die Befürchtung, unsere Delegierten könnten im Völkerbund überstimmt werden und damit unter das Diktat anderer Mächte geraten. In diesem Zusammenhang höre ich immer wieder den Hinweis, das britische Empire verfüge über sechs Stimmen, die Vereinigten Staaten dagegen nur über eine. Liebe Landsleute, ich möchte Ihnen genau erklären, wie es sich mit diesen Stimmen und ihrem Einfluss tatsächlich verhält. Gehen wir also der Sache auf den Grund. Als erstes ist einmal Folgendes festzuhalten: Wenn das britische Empire über sechs Stimmen verfügt, so heisst das: eine Stimme geht an das Mutterland Grossbritannien, die übrigen fünf gehen an Kanada, Südafrika, Australien, Neuseeland und Indien. Ich verstehe nicht, was daran auszusetzen ist. Waren nicht wir selber vehemente Befürworter, dass Panama und Kuba, die unter *unserem* Protektorat stehen, auch eine Stimme erhalten? Wenn nun aber Panama und Kuba über eine Stimme verfügen, warum sollte sie dann dem grossen Dominion von Kanada vorenthalten werden? Aus welchem Grund sollte sie der tapferen Republik Südafrika verweigert werden, die jetzt unter einer Nation lebt, von der sie einst bezwungen wurde, welche es aber nicht wagte, die Regierung in die eigenen Hände zu nehmen, sondern sie den Männern übertrug, die sie vorher bekämpft hatte? Weshalb sollte man Australien eine Stimme verweigern, dieser kleinen unabhängigen Republik im Pazifik, die der Welt mit so vielen liberalen Reformen vorausgegangen ist? Aus welchem Grund sollte sie Neuseeland abgeschlagen werden oder den Hunderten von Millionen Menschen in Indien? Lassen Sie mich nun aber ausführen, wie es sich mit der Bedeutung dieser Stimmen tatsächlich verhält. Diese sechs Stimmen, von denen immer wieder die Rede ist, können ohne die Zustimmung der Vereinigten Staaten nichts bewirken; denn sie gelten in der Versammlung, aber nicht im Rat des Völkerbundes. Um aktiv zu werden, braucht der Völkerbund das einstimmige Verdikt aller im Rat vertretenen Nationen. Die Versammlung selber ist kein Abstimmungsgremium; sie kann nur bei zwei Angelegenheiten wirksam werden: Eine Mehrheit der Versammlung kann neue Mitglieder in den Völkerbund aufnehmen, und sie kann einem Mitglied des Bundes anempfehlen, Verträge, die nach Ansicht der Versammlung im Widerspruch zu der Arbeit des Völkerbundes stehen, nochmals zu erwägen. Diese Anmahnung ist jedoch nur eine Empfehlung, sie ist nicht rechtsverbindlich. Sie sehen also, liebe Landsleute, diese sechs Stimmen haben nicht das Gewicht, wie es von Kritikern immer wieder behauptet wird. Bei der Diskussion um diese Frage handelt es sich um blanke Irreführung. Und hier möchte ich Sie doch daran erinnern: Wir Amerikaner lassen uns nicht so schnell einschüchtern, und schon gar nicht durch Unwahrheiten.

Es gilt indes noch einen weiteren Punkt zu klären. Viele Leute hegen nämlich die Sorge, der Völkerbund könnte Anliegen, die uns sehr viel bedeuten,

unbeachtet lassen. Nun, den Vereinigten Staaten liegen viele Dinge am Herzen, und zwar allein schon deshalb, weil in unserem Land Menschen aus allen Kulturnationen der Welt leben. Es gibt somit keine Landesinteressen, die nicht auch bei Amerikanern Emotionen wecken und bestens verstanden werden; denn sie haben die gleiche Abstammung und die gleichen Traditionen wie ihre Mitmenschen aus anderen Ländern. Sie empfinden das Unrecht sowie die leidenschaftlichen Hoffnungen, die ihre Blutsverwandten seit Generationen weitertragen, und so finden sich in Amerika überall Menschen, die sich für ihre Angehörigen zu wehren und sich für ihre Anliegen einzusetzen bereit sind. Und genau für dieses Bestreben, liebe Landsleute, bietet der Völkerbund ein einzigartiges Forum, ein *Weltforum*: Zum ersten Mal in der Geschichte wird es möglich, die Sorgen und Nöte der Völker, ihre Sehnsüchte und Hoffnungen öffentlich zu machen und vor die Menschheit zu tragen. Das ist etwas noch nie Dagewesenes! Nie zuvor hat es ein internationales Schiedsgericht, ein Schiedsgericht der Menschheit, gegeben, dem die Nationen der Welt ihre Sorgen hätten vorbringen können! Sie, liebe Landsleute, haben viel vom Artikel X der Völkerbundssatzung gehört. Nun, ich denke, wer diesen Artikel gelesen hat, wird wohl auch den nachfolgenden Artikel XI betrachtet haben. Dieser besagt, dass es das Recht eines jeden Mitgliedstaates ist, sei er gross oder klein, stark oder schwach, dem Völkerbund vorzutragen, wenn irgendwo auf der Welt das Einvernehmen zwischen den Nationen beeinträchtigt und somit der Weltfriede gefährdet ist. Wenn einem Land durch einen fremden Staat Unrecht geschieht, kann dies dem Weltforum unterbreitet werden. Auf diese Weise können die Anliegen, die uns Amerikaner im Innersten bewegen, nicht einfach missachtet werden, sondern wir können sie der Weltöffentlichkeit zur Kenntnis bringen. Diese Möglichkeit kann in ihrer Bedeutung nicht hoch genug eingeschätzt werden; denn das Vorbringen eines Problems vor ein internationales Schiedsgericht bietet die grösste Chance für seine Lösung. Ein schwaches Anliegen wird vor einem solchen Forum nicht durchkommen, aber ein berechtigtes wird triumphieren! Dieser Vertrag bringt wichtige Verbesserungen; bis jetzt kam es im Völkerrecht einem unfreundlichen Akt gleich, wenn ein Land eine Klage vorbrachte, die nicht unmittelbar seine eigenen Geschicke oder sein eigenes Recht betraf. Doch nun wird es erstmals möglich, dass das allgemeine Welturteil und nicht mehr selbstsüchtige nationale Politik über die Geschicke der Völker bestimmt. Ich bin daher erstaunt, dass es in unserem Lande so viele Menschen gibt, die das nicht einsehen, die die enormen Vorteile dieses Vertrages nicht erkennen und die nicht sehen, wie sehr er die Behandlung der für die Menschheit wichtigen Anliegen erleichtert. Ich persönlich halte Artikel XI für den wichtigsten Teil der ganzen Satzung. Er fasst alle Menschen zu einer einzigen, wohlmeinenden Instanz zusammen; es ist eine Instanz, vor

der sie ihre eigenen Angelegenheiten erörtern und über rechtliche Belange urteilen können. Ist eine solche Instanz denn nicht genau das, was auch jene vorhin zitierten Männer in ihrem tiefsten Inneren wünschen?

Was mich aber, liebe Landsleute, an der Opposition gegen diesen Vertrag am meisten stört, ja vielleicht als Einziges wirklich stört, ist Folgendes: Es werden gewisse Vorbehalte angebracht, die auf die Forderung von Sonderrechten für unser Land hinauslaufen. Man will bei einer Mitgliedschaft nicht die gleichen Verpflichtungen eingehen wie andere Mitglieder, und man will Verantwortungen ablehnen, die die anderen Mitgliedstaaten übernehmen. Meine Mitbürgerinnen und Mitbürger, ich sage Ihnen hier mit allem Nachdruck und aus meiner ganzen Überzeugung: Ein solches Ansinnen ist der Vereinigten Staaten unwürdig! Der Grundsatz der Gerechtigkeit, der Grundsatz des Rechts und der Völkerfreundschaft beruht ja gerade darauf, dass es nicht nur eine ideelle, sondern eine tatsächliche Gleichheit von Rang und Recht der souveränen Völker gibt. Hier kommt es auf die Gesinnung an! Wer die Angehörigen eines anderen Volkes als minderwertig betrachtet und sie mit Herablassung behandelt, den verlangt es auch nicht, ihre Rechte zu verteidigen. Sie, liebe Landsleute, kennen bestimmt Männer und Frauen, die nur jenen Menschen mit Achtung begegnen, die sie gesellschaftlich als ebenbürtig oder als höher gestellt betrachten; aber mit jenen, die sie für minderwertig halten, pflegen sie keinen Umgang. Solche Menschen haben im Geiste keinen Anteil an der demokratischen Gesellschaft. Ihre Gesinnung ist pervertiert. Sie haben das Prinzip der Gerechtigkeit nicht erfasst; denn Gerechtigkeit beruht darauf, dem Schwachen dieselben Rechte einzuräumen wie dem Starken. Mir ist bewusst, und ich sage dies mit einem tiefen Bedauern und auch mit einer gewissen Scham, dass dieses Ideal der Gerechtigkeit zwar der Theorie unserer Demokratie, aber nicht immer der Praxis entspricht. Den Schwachen geht es nicht immer so gut wie den Starken, die Armen erhalten nicht immer die gleichen Vorteile wie die Reichen. Das liegt in der Unvollkommenheit der menschlichen Natur. Aber das Fundament des Rechts, der Glanz des Rechts, besteht im Ideal, den Schwächsten dem Stärksten gleichzustellen. Dies ist das Ziel, auf das wir dauerhaft, wenn auch nicht ohne Stolpern, zugehen. Wenn nun die Gemeinschaft der Nationen nicht auf dem Fundament von Gerechtigkeit und Rechtsgleichheit beruht, wenn Amerika nicht die gleiche Verantwortung und Verpflichtung wie die anderen Nationen übernimmt, sollten wir diesem Bund fernbleiben und die anderen nicht verhöhnen.

Ich gebe mich nicht dazu her, im Namen der Gerechtigkeit eine ungerechte Vormachtstellung für mein geliebtes und verehrtes Land zu beanspruchen! Ich fürchte mich auch nicht vor Verantwortung. Ich will die Vereinbarung auch nicht sprengen – aber ich will auf keinen Fall ein kleinherziger Amerikaner sein. Die Vereinigten Staaten sind in ihrer Entstehung, in ihrer Zielsetzung und in ihren Grundsätzen das grossartigste

»Die Welt kann nicht in einem Klima der Verweigerung leben. Die Welt kann nicht mit Nationen verhandeln, die sagen: "Wir spielen nicht mit!" Die Welt kann nichts anfangen mit einer Vereinbarung, in der jede Nation sagt: "Wir kümmern uns nur um unsere eigenen Angelegenheiten."«
(Aus der Rede vom 8. September 1919 in Omaha)

Hilfeleistung beim Aufbau von Sicherheit und Ordnung; deutscher Offizier in Kabul, Afghanistan, 14. Januar 2002 (oberes Bild).

Verhinderung eines Genozids; amerikanischer Soldat bei der Ankunft in einem Dorf im Kosovo, 18. Juni 1999.



Unterfangen auf der Welt, und sie sollen sich an der Messlatte dieser Welt messen lassen. Ich gehöre nicht zu denen, die dieses Land gering-schätzen. Ich gehöre auch nicht zu denen, die behaupten, Amerika scheue sich vor Verantwortung; denn ich weiss, dieses Land *kann* Verantwortung tragen und es kann in der Erfüllung seiner Pflicht die Welt anführen. Wenn wir den Beitritt zu diesem historischen Werk ablehnen, bedeutet dies die Ablehnung der Einladung, mit der uns die Welt bittet, sie in Richtung Freiheit und Gerechtigkeit zu führen. *Ich* werde diese Einladung bestimmt nicht ablehnen; denn ich glaube an die Zukunft dieses Landes. Ich bin überzeugt, Amerika besitzt eine geistige Energie, die es wie kein anderes Land für die Befreiung der Menschheit einsetzen kann, und ich weiss, das Herz Amerikas ist stärker als sein wirtschaftliches Kalkül. Genau das hat auch die Welt erfahren, als wir in den Krieg eingetreten waren. Zu Beginn unseres Kriegseinsatzes gab es keine einzige Nation auf dieser Welt, die nicht meinte, wir seien nur am Geld und am wirtschaftlichen Gewinn interessiert und nicht an der Freiheit. Aber als wir dann mitten in diesem Krieg standen, da staunte die ganze Welt und änderte innerhalb weniger Monate radikal die Meinung. Die Welt weiss heute, dass Amerika an der Seite all jener steht, die für Gerechtigkeit und Recht kämpfen, und wir sollten sie nicht enttäuschen.

Die heutige Zeit, liebe Landsleute, eröffnet uns ganz neue Möglichkeiten und Chancen. Diese Satzung – und das ist ihr Hauptziel – setzt an die Stelle des Krieges die gemeinsame Diskussion und ein internationales Schiedsgericht. Wie der zitierte Senator Lodge ausführte, lohnt sich ein solches Werk auf jeden Fall, wenn auf diese Weise Kriege verhindert werden können. Wenn Sie eine Versicherung gegen den Krieg wollen, dann ziehen Sie wohl eine Zehn-Prozent-Versicherung einem gänzlich unversicherten Zustand vor; mit einer 50-prozentigen Versicherung wären Sie mit Sicherheit sehr zufrieden. Ich glaube aber,

wir haben hier sogar eine 99-prozentige Versicherung gegen den Krieg. In diesem Vertragswerk sind alle grossen Kriegsnationen der Welt mit Ausnahme Deutschlands – denn Deutschland ist zurzeit keine grosse Kriegsnation – feierlich übereingekommen, nie wieder Krieg gegeneinander zu führen, ohne zuvor die strittige Angelegenheit dem Schiedsgericht unterbreitet zu haben. Sie werden sein Urteil akzeptieren, oder sie werden sich zumindest damit einverstanden erklären, alle Fakten und Dokumente vor der Welt offenzulegen, danach sechs Monate auf den Schiedspruch des Rats zu warten und schliesslich, wenn sie auch mit diesem rechtlich unverbindlichen Verdikt noch nicht zufrieden sind, weitere drei Monate zuzuwarten, bevor sie einen Krieg beginnen. Es gibt somit eine neunmonatige Frist, in der es ungerechtfertigte Angelegenheiten vor der Öffentlichkeit schwer haben werden. Wenn einer sich in einer öffentlichen Sache weigert, seinen eigenen Standpunkt voll aufzuzeigen, dann weiss ich, dass seine Argumentation schwach ist und seine Sache nicht durchkommen wird.

Wie Sie wissen, entstehen und eskalieren die meisten Schwierigkeiten nur deshalb, weil die betroffenen Menschen nicht miteinander reden. Dies sehen wir ja auch in unserer eigenen Arbeitswelt: Ein grosser Teil des Unmuts und der Differenzen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern geht doch auf die Tatsache zurück, dass man die Probleme nicht gemeinsam durchspricht. Dies ist meiner Meinung nach ein grosser Fehler; denn wenn zerstrittene Parteien gemeinsam ihre Schwierigkeiten erörtern, kommen beide in einer ganz anderen Stimmung aus den Verhandlungen, als sie hineingegangen sind. Nichts vermag die verhärtete Haltung der Menschen mehr aufzuweichen als die Offenlegung von Gedanken und Gefühlen und das ehrliche Bemühen um einen gerechten Vergleich. Dies ist nun genau das, was die grossen Kriegsnationen der Welt in Zukunft tun wollen, falls es zwischen ihnen zu Differenzen kommen sollte. Sie werden ihre Streitigkeiten entweder einem Schiedsgericht vorlegen, dessen Urteil sie als bindend anerkennen, oder sie werden sich mit der Offenlegung der Fakten und deren öffentlicher Erörterung einverstanden erklären.

Mit diesem Vertrag haben Sie das, was die Welt braucht und wofür Amerika in den Krieg gezogen ist. Wir haben hier erstmals ein Instrument, das den brutalen, unvermittelten Kriegsimpulsen Einhalt gebietet! Wir haben ein Instrument, das die Leidenschaften ehrgeiziger Nationen zügelt, und wir haben eine Schutzvorrichtung für die Freiheit der schwachen Nationen. Endlich ist die Menschheit so weit, ein Gremium zu stellen, in dem mit kühlem Kopf das Schicksal von Männern, Frauen und Kindern der ganzen Welt erörtert werden kann. Meine lieben Landsleute, nichts schlägt mir auf meiner Reise so sehr auf die Seele wie der Anblick der vielen Kinder, die sich aus kindlicher Begeisterung und Neugier sofort um unseren Zug drängen, und der Gedanke, dass es *ihr* Todesurteil wäre, wenn wir diesen Kampf um den Völkerbund

verlieren sollten. Denn *sie* müssten dann den letzten Krieg ausfechten, und in diesem Krieg würde es nicht nur siebeneinhalb Millionen Tote geben. Es ginge um das Überleben der Zivilisation schlechthin, und ich wage mir die Verantwortung nicht vorzustellen, wenn wir nun das Ideal, für das wir unsere tapferen Männer nach Übersee geschickt haben, verleugnen würden. Jede Mutter weiss, dass sie auf ihren gefallenen Sohn nicht deshalb stolz ist, weil er Deutschland besiegen half, sondern weil er half, den Völkern Frieden und Freiheit zu bringen. Genau dieses Licht sahen die Menschen in den Augen der jungen Männer, die nach drüben gingen. Es ist das Licht von Menschen, die einen fernen Horizont wahrnehmen und das Feuer und die Kraft einer grossen Sache in sich spüren. Die Truppen der Vereinigten Staaten erschienen den Menschen auf der anderen Seite des Ozeans wie Kämpfer, die aus einem freien Land kommen, um ihren unterdrückten Brüdern und Schwestern Befreiung zu bringen, bereit, ihr Leben für ein Ideal zu opfern – für das geistige Ziel der Erlösung, das im Herzen der Menschheit ruht.«

Nachtrag

In der entscheidenden Abstimmung vom 19. März 1920 verweigerte der amerikanische Senat die Genehmigung des Versailler Vertrags und damit auch des Völkerbundsstatuts. Die USA sind der »League of Nations« nie beigetreten. Dieses Fernbleiben bedeutete eine entscheidende Schwächung des Völkerbunds, der auf diese Weise vollends den Charakter einer universalen Friedensorganisation verlor.

Der Verlauf der weiteren Geschichte ist bekannt. Wilsons düstere Prognose wurde schreckliche Wirklichkeit: Fast auf den Tag genau zwanzig Jahre nach seiner Rede in Omaha (siehe S. 38/39) begann der Zweite Weltkrieg, der schätzungsweise 55 bis 62 Millionen Menschen, darunter etwa 400000 amerikanischen Soldaten, das Leben kosten und ungefähr 35 Millionen Verwundete, über 30 Millionen Flüchtlinge und Vertriebene und eine unermessliche Zahl an seelisch Gebrochenen hinterlassen sollte.

Nach dieser gewaltigen Katastrophe kam es am 24. Oktober 1945 zur Gründung der UNO, der Nachfolgeorganisation des Völkerbundes. Zu den 50 Unterzeichnerstaaten der Charta der Vereinten Nationen gehörten diesmal auch die USA. ☹

Bildquellen

S. 5 u., 38/39, 41, 42 und 46 u.: Corbis. S. 38: Library of Congress. S. 44 und 45, 46 o. und Mitte sowie 49 o.: Reuters. S. 49 u.: AFP/Keystone.

Literatur

Ray Stannard Baker and William E. Dodd (Hg.), *The Public Papers of Woodrow Wilson*, 6 Bände, New York 1925–1927. John Milton Cooper, *Breaking the Heart of the World, Woodrow Wilson and the Fight for the League of Nations*, Cambridge 2001. E. Sieber, W. Haeberli, E. Gruner, *Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts*, Zürich 1979. Klaus Schwabe, *Woodrow Wilson*, Göttingen 1971.

Übersetzung

Rudolf Bähler/Barbara Sträuli-Eisenbeiss